



Schon eine große Flüchtlingsunterkunft am Alfener Kleeberg: Beim Neujahrsempfang im Januar führten ehrenamtliche Flüchtlingsbetreuer die Asylbewerber mit Vertretern der politischen Gemeinde zusammen.

ARCHIVFOTO: KARL FINKE

Container und Standorte beraten

Borchens Bürgermeister bewertet Flüchtlingsunterkünfte an anderen Stellen als im Gewerbegebiet

VON KARL FINKE

■ Borchens. Wie werden mögliche Alternativen zum Bau einer großen Flüchtlingsunterkunft im Alfener Gewerbegebiet (die NW berichtete) vom Bürgermeister und Gemeindevertretern bewertet? Im Hauptausschuss nahm Ratschef Reiner Allerdissen Stellung zu den Vorschlägen von CDU-Ratscherr Harald Kuhnigh.

Der Christdemokrat hatte der Verwaltung kurzfristig mehrere Grundstücke genannt. „Einige hatten wir auch geprüft, auf andere sind wir nicht gekommen“, so Allerdissen.

Der Bürgermeister lieferte den Ausschussmitglieder auch die Kosten für Container, in denen jeweils zwei Personen wohnen könnten: 5.000 Euro für ein gebrauchtes Exemplar, 10.000

für ein neues – eine monatliche Miete würde 250 Euro kosten. Allerdissen bezifferte den Bedarf mit 50 Containern und nannte entsprechende Gesamtsummen in Höhen von 252.000, 500.000 oder 454.000 Euro. Für den Neubau einer Stahlhalle in Alfens sind 900.000 Euro genannt worden. Wenn diese später einmal nicht mehr benötigt werde, könnte beim Verkauf eine Einnahme von 200.000-300.000 Euro erzielt werden – so eine Schätzung.

Kuhnigh brachte für solche Container in Nordborchen einen Bereich zwischen der Firma Tölle und der Schützenhalle (Wegelage) ins Spiel. Container an dieser Stelle würden Einschränkungen für das Schützenfest bedeuten, entgegnete Allerdissen. Andernorts, neben dem Schießkeller (Schützenstraße) könnte kein Schützenfestzelt mehr aufge-

baut werden. Eine Sportplatzfläche rechts neben der Grundschule sei für diese „unverzichtbar“, so der Bürgermeister. Auf dem Spielplatz am Brandenburger Weg wiederum würden keine Container passen. Das Gelände neben dem Sportplatz auf dem Hessenberg, so der Verwaltungschef, gehöre dem Energieversorger Eon. Auch neben dem Übergangwohnheim an der Dörenhagerer Straße ließen sich aufgrund der Hangsituation keine mobilen Wohnelemente aufbauen. „Sehrhängig“, so Allerdissen sei in Kirchborchen eine Fläche oberhalb der Grundschule, eine Erschließung „schwierig und kostspielig“.

Ausreichend Platz für Container böte wohl das Gelände an der Baptistenkirche in der Nähe der Autobahn 33 in Kirchborchen. Aufgrund der Lärmbelastung hielt Allerdissen es für

„ausgeschlossen, Menschen dort wohnen zu lassen“. Er verwies auf die Anwohner-Initiative gegen den Autobahnlärm. Für Claudia Cosack (CDU) erschien dieser Standort durchaus als Alternative zum Gewerbegebiet Alfens: „Es liegt viel näher am Ort.“ Sie gehört selbst zu den lärmgeplagten Anwohnern auf der Gallhöhe, sieht dies für die Flüchtlinge aber nicht als Hinderungsgrund: „Die wohnen da nicht für die Ewigkeit.“

Nordborchens Ortsvorsteher Gerald Klocke (SPD) kritisierte das Vorgehen von Kuhnigh scharf: Mit den Flächen-Vorschlägen habe er vielen „vor die Knie getreten“. Die Akzeptanz für die Asylbewerber würde sich durch solche „Alleingänge“ nicht verbessern. Hartmut Oster (Grüne) wiederum zeigte sich „froh darüber, dass Herr Kuhnigh diese Liste auf den Tisch gelegt hat“. Da niemand

mit dem geplanten Standort im Gewerbegebiet glücklich wäre, habe man Alternativen ins Blickfeld nehmen müssen. Auch in der Gruppe der Flüchtlingsbetreuer gebe es kein einheitliches Bild zum Thema.

Bürgermeister Allerdissen verwies darauf, dass die Asylbewerber in einer neuen Leichtbauhalle deutlich höhere Standards in Bezug auf die Sanitäranlagen bekämen. Aus weiteren Orten der Gemeinde werde es auch schwieriger mit dem Bus nach Paderborn zu fahren. Ein „Ghetto“ sei der Standort nicht.

Die CDU beantragte eine Sitzungsunterbrechung, um sich zu beraten. Anschließend stimmten alle Ausschussmitglieder bis auf die Christdemokraten Cosack und Kuhnigh (zwei Enthaltungen) den Plänen für den Hallenbau im Gewerbegebiet zu.